



SPD-Fraktion · Zimmer Z 24 · Zeughausstraße 2-10 · 50667 Köln

Herrn
Georg Keulertz
Vorsitzender Bürgerinitiative Big Ben
Düsseldorfer Straße 49

50129 Bergheim - Rheidt

25. Juni 2009


Ihr Schreiben vom 01.06.2009

Sehr geehrter Herr Keulertz,
sehr geehrter Herr Gille,

haben Sie recht herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 01.06.2009, auf das ich für die Regionalratsfraktion gerne eingehe. Das Gutachten, das Big Ben von einer Anwaltskanzlei hat erstellen lassen ist uns bekannt. Für die Kreis-SPD hat Ihnen Herr van den Berg mit Schreiben vom 22.05.2009 hierzu eine ausführliche Stellungnahme zukommen lassen. Wie sie wissen, bearbeitet er das Thema auch in unserer SPD-Fraktion beim Regionalrat Köln.

Die SPD versucht bei dem Thema Kraftwerkserneuerung nicht mit formalen Zuständigkeitsfragen zu reagieren. Der Emissionshandel ist sicherlich kein „Allheilmittel“ wie sie es zu Recht reklamieren, er ist jedoch das zentrale Argument und Steuerungsinstrument zur Reduzierung der CO₂-Emissionen in Europa. Die Einpreisung von Zertifikaten in Strompreise durch die Energieerzeuger wurde von der SPD massiv kritisiert. Es ist daher auch klar, dass in künftigen Handelsperioden für Energieerzeuger keine kostenlose Zuteilung mehr erfolgt. Beim Emissionshandel handelt es sich um ein Klimaschutzinstrument, das der Gesetzgeber nicht schlagartig einführen wollte, da man auch Erkenntnisse darüber gewinnen musste, wie Angebote und Nachfrage sich verhalten. Die Überausstattung mit Zertifikaten in den ersten Handelsperioden ist dieser Vorsicht geschuldet gewesen.

Wie Ihnen Herr van den Berg bereits dargelegt hat, vertritt die SPD nicht die Auffassung, dass die Entwicklung des Emissionshandelssystems die Verpflichtungen aus dem Kraftwerkserneuerungsprogramm für RWE aufgehoben hätte. Wir sehen weiter die Pflicht die Zusagen zur Abschaltung von Altanlagen einzuhalten weil es hier einen inhaltlichen



Zusammenhang mit der Genehmigung des Rahmenbetriebsplans des Tagebaus Garzweiler II gibt, die von der aktuellen Landesregierung nur unzureichend kontrolliert wird.

Es freut uns sehr, dass sie in Ihrem Schreiben 01.06.2009 den von Herrn van den Berg formulierten Bezug zum Braunkohleplan Garzweiler II vom März 1995 aufgegriffen haben. Dieser Bezug ist deshalb wichtig, weil man sonst der auch der von der Kanzlei Lenz und Johlen verfolgten Auffassung (Seite 5 der Gutachterlichen Stellungnahme) folgen könnte, es handelte sich beim Kraftwerkserneuerungsprogramm lediglich um eine Selbstverpflichtung. Dem ist nicht so. Als SPD sehen wir den klaren Bezug zur Genehmigung des Anschlussstagebaus Garzweiler II und den sich daraus ergebenden verpflichtenden Rechtscharakter.

Wir bitten Sie herzlich auch die Diskussion mit der aktuellen Forderung der CDU/CSU nach einer Reaktivierung der Kernenergie nicht außer Acht zu lassen. Wie sie wissen ist mit dem heutigen Tag offiziell das Vorhaben eines CCS Gesetzes durch die CDU/CSU gestoppt worden. Ein Protest des Energieerzeugers RWE ist ausgeblieben. Offensichtlich ist man seitens des Energieerzeugers bereit, das Vorhaben des CO2 armen Kraftwerks zugunsten einer CDU-Zusage für Atomenergie aufzugeben. In der Konsequenz ist davon auszugehen, dass die CDU-Landesregierung weiter Verstöße gegen Zusagen des Kraftwerkserneuerungsprogramms dulden wird und den Weiterbetrieb von eigentlich vereinbarten Abschaltungen von Altanlagen akzeptiert. In der Folge ist zu befürchten, dass es zu keinen Investitionen mehr im Revier kommen wird, Altanlagen bis zu ihrem physischen Ende weiter betrieben werden und in einigen Jahren ein massiver Strukturbruch in unserer Region bevorsteht.

Für Gespräche stehen wir Ihnen gerne in gewohnter Form zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Joachim Bubacz
Fraktionsvorsitzender